

Rülke: Statt Politik der Transparenz, Mausehelei und Vetternwirtschaft

Die Antworten der Landesregierung auf seine Anfrage zur „Verständigung zu Vorschlagsrechten mit Mitgesellschaftern bei Gesellschaften mit Landesbeteiligung“ bewertet der FDP-Fraktionsvorsitzende, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, ausgesprochen kritisch:

„Symptomatisch für die Praxis der Landesregierung – parallel zu den offiziell getroffenen Koalitionsvereinbarungen –, Nebenabsprachen im eigenen Interesse zu instrumentalisieren, ist unter anderem die Verteilung von Vorschlagsrechten für Posten und Positionen in Gesellschaften mit Landesbeteiligung. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist die Flughafen Stuttgart GmbH, bei der die Landesregierung die Mitgesellschafter und Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen stellt. Die Landesregierung hat in ihrer Antwort auf die Anfrage der FDP eingestanden, dass sie, ohne Rücksprache mit Mitgesellschaftern und Arbeitnehmervertretern zu halten, ihre Favoriten bestimmt hat. Das gleiche Vorgehen ist in fast 40 weiteren Fällen noch zu erwarten, unter anderem für so renommierte Unternehmen wie die Akademie für Darstellende Kunst, die Baden-Württemberg Stiftung und die Badische Staatsbrauerei Rothaus AG.

Einmal mehr zeigt sich, dass Kretschmann und Strobl keine Skrupel besitzen, mitbestimmungsberechtigte Mitgesellschafter und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten zu übergehen, um nach Gutsherrenart parteinahe Freunde mit gut dotierten Stellen zu versorgen. Die von Kretschmann viel bemühte Politik der Transparenz entzaubert sich mehr und mehr als Politik der Willkür. Mausehelei und Vetternwirtschaft werden unter Kretschmann zunehmend salonfähig.“